



Schleswig-Holstein

Opernngenuß mit Panoramablick

Mit den Eutiner Festspielen hat der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein einen neuen attraktiven Kooperationspartner gewinnen können. Die bundesweit beachteten Inszenierungen verbinden anspruchsvollen Opernngenuß mit einem einzigartigen Panorama auf der Freilichtbühne am großen Eutiner See.

Bei Vorlage des Mitgliedsausweises erhalten SoVD-Mitglieder auf alle Preiskategorien 20 Prozent Ermäßigung. Die Vorteilsrabatte gelten nur, wenn Karten direkt bei den Eutiner Festspielen bestellt und gekauft werden, sie gelten nicht an Vorverkaufsstellen.

Mit dem „Freischütz“, „Carmen“ und dem „Vogelhändler“ gehen die Eutiner Festspiele mit Neuem und Bewährtem in eine bunte und aufregende 66. Spielzeit. Zwischen dem 24. Juni und dem 13. August sind 20 Aufführungen sowie eine Sonderveranstaltung mit dem Chorwerk „Carmina Burana“ in einer Darbietung des renommierten Münchner Motettenchors zusammen mit der Eutiner Kantorei geplant.

„Der Freischütz“ wird 2016 zum ersten Mal in einer Inszenierung von Dominique Caron zu sehen sein. Außerdem steht mit „Carmen“ eine der beliebtesten Opern überhaupt auf dem Programm. Bereits 2013 hatte diese das Publi-

kum begeistert. Das Festspielpublikum darf sich auf eine neue faszinierende Umsetzung durch Intendantin Caron in neuer Besetzung freuen. „Carmen 2016 wird noch näher am Originalstoff der Novelle von Mérimée sein“, verspricht die Intendantin. Darüber hinaus wird es ein Wiedersehen mit dem „Vogelhändler“ geben. Die luftig-leichte Operette

hatte mit einer fröhlich bunten Inszenierung schon im vergangenen Sommer für gute Laune gesorgt.

Nähere Informationen und den genauen Spielplan gibt es unter www.eutiner-festspiele.de. Karten können unter Tel.: 0452/800-10, Fax: 04521/800-111 oder über E-Mail: ticket@eutiner-festspiele.de bestellt werden.



Die Eutiner Festspiele finden vor einer großartigen Kulisse statt.



Nordrhein-Westfalen

E-Scooter im Bus befördern

E-Scooter dürfen vom Transport im öffentlichen Busverkehr nicht generell ausgenommen werden. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten, das vom NRW-Verkehrsministerium in Auftrag gegeben wurde. Eine generelle Verweigerung, E-Scooter im Busverkehr zu transportieren, ist dem Gutachten zufolge unverhältnismäßig.

Das aktuelle Gutachten stuft eine kippsichere Aufstellung der E-Scooter in Bussen als möglich ein. Ein Absteigen von Nutzerinnen und Nutzern des E-Scooters auf einen festen Fahrzeugsitz wird von den Experten als nicht notwendig, sondern vielmehr sogar als kritisch erachtet. Überdies werden im Gutachten Vorschläge unterbreitet, wie die Beförderung von E-Scootern sicher gestaltet werden kann.

Persönliche Mobilität ist sicherzustellen

Unter Bezugnahme auf das Gutachten fordert der SoVD-Landesverband NRW die ansässigen Verkehrsunternehmen nun auf, die Mitnahme der E-Scooter im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sicherzustellen. „So schnell wie

die Verkehrsbetriebe in NRW die E-Scooter abgelehnt haben, so schnell sollten diese nun auch an einer Lösung arbeiten“, fordert die 2. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes NRW, Renate Falk. Der generelle Ausschluss sei spätestens nach diesem Gutachten nicht länger haltbar. „Alle Akteure sind aufgerufen, sich nun an den Verhandlungstisch zu setzen und praktikable Umsetzungsmöglichkeiten zu schaffen.“

Durch die Annahme der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet sich Deutschland, die persönliche Mobilität von Menschen mit Beeinträchtigungen mit größtmöglicher Unabhängigkeit sicherzustellen. Im Rahmen der Daseinsvorsorge haben die Kommunen eine Verpflichtung, die

Mobilität der Bevölkerung im gesetzlich vorgegebenen Rahmen zu erfüllen. Im Rahmen der öffentlichen Zuwendungen für den ÖPNV erhalten die Auftragnehmer jährlich 120 Millionen Euro für die Beförderung von Menschen mit Behinderung. Diese Mittel sollen den Mehraufwand sowie die kostenfreie Mitnahme von betroffenen Personen sicherstellen.

E-Scooter sind anerkannte Hilfsmittel im Nahverkehr

1,7 Millionen Menschen in NRW haben eine Schwerbehinderung. Einige von ihnen sind mit Blick auf das Gehvermögen so eingeschränkt, dass die Krankenkassen ihnen zur Habilitation und Rehabilitation sogenannte E-Scooter als anerkannte Hilfsmittel zur Verfügung stellen.



Personalien

Kerstin Römer, Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland, feiert am 11. Januar ihren 60. Geburtstag. Der Landesverband Mitteldeutschland vereint die Regionen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Kerstin Römer ist seit dem 1. August 1990 Mitglied im Sozialverband Deutschland.



Schleswig-Holstein

Für eine verständliche Behördensprache

Immer öfter haben Bürgerinnen und Bürger Probleme, die Sprache ihrer Behörden zu verstehen. Da mutiert eine Ampel schon einmal zu einer „bedarfsgesteuerten Querungsanlage“, und die Rente wird zu einer „wirtschaftliche Dauerleistung mit Versorgungscharakter“. Insbesondere der Schriftverkehr wird durch zusammengesetzte Fachwörter, verschachtelte Sätze oder unvollständige Begründungen sowie fehlende Erklärungen unnötig verkompliziert.

Die schleswig-holsteinische Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, und der Landesvorsitzende des SoVD Schleswig-Holstein, Wolfgang Schneider, haben im Rahmen einer Fachtagung einen ersten Anstoß gegeben, um im Dialog zwischen Bürgern und Behörden Verbesserungen zu erzielen. Unzählige Anfragen, Widersprüche und Klagen von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oft darauf, dass die Entscheidungen nicht verstanden werden. Zugleich erzeugt eine unverständliche Sprache Misstrauen und Ärger, teilweise sogar Wut bei den Betroffenen. Auch Sozialbehörden sollten deshalb ein großes Interesse an einer Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern haben.

Die Fachtagung unter dem Motto „Gute Sozialverwaltung durch besseres Verstehen – Chancen und Grenzen einer verständlichen Behördensprache“ hatte das Ziel, im Dialog zwischen Experten und Behördenvertretern eine Sensibilisierung für die Thematik zu erreichen. „Ich habe den Eindruck, dass wir heute Interesse geweckt und Mut gemacht haben, um Veränderungen anzustoßen.“, so die Bürgerbeauftragte. Wolfgang Schneider forderte die Sozialbehörden auf, die auf der Fachtagung erarbeiteten und vorgestellten Anregungen in die Praxis umzusetzen: „Jede Verbesserung in der Kommunikation zwischen Ämtern und Bürgern ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir erwarten nicht, dass sich von heute auf morgen alles ändert. Was wir aber erwarten, ist, dass die Verwaltungen sich bemühen, die dringenden Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach einer verständlicheren Behördensprache ernst zu nehmen und in ihrem beruflichen Alltag zu berücksichtigen“, so der SoVD-Landesvorsitzende.



Wolfgang Schneider und Samiah El Samadoni veranstalteten eine gemeinsame Fachtagung für eine verständlichere Behördensprache.